

## Containerdorf-Pläne der Berliner Uni sorgen für Aufregung

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin-Dahlem: Bröckelt die woke Fassade? Widerstand an der Freien Universität und in der Stadt. Erfahren Sie mehr!

Noch dient das Grundstück mit einigen Sträuchern als Parkplatz. Etwa 4000 bis 5000 Quadratmeter ist die Fläche an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem groß. Geht es nach dem Senat, soll auf dem brachliegenden Unigelände bald ein Containerdorf für 260 Flüchtlinge hochgezogen werden. In dem vornehmen Kiez regt sich jedoch Widerstand, vor allem an der Freien Universität, da die Uni dort eigentlich ein Gebäude für Lehre und Forschung bauen möchte.

Am Freitag teilte Berlins Flüchtlingskoordinator Albrecht Broemme der FU-Kanzlerin Andrea Güttner mit, dass er dort vorübergehend Migranten unterbringen möchte. Die Uni wehrte sich gegen diese Pläne, da sie die Fläche selbst für ihre eigenen Baumaßnahmen benötigt. Der Präsident der FU, Günter Ziegler, betonte, dass die Hochschulleitung dieser Maßnahme nicht zugestimmt habe und sich übergangen fühlte. Die Freie Universität Berlin ist grundsätzlich bereit, geflüchtete Menschen zu unterstützen, vorausgesetzt, dass es keine anderen Möglichkeiten gibt, betonte ein Sprecher Zieglers.

Der Senat beschloss Ende März den Bau von 16 weiteren Containerdörfern, da der Bedarf an Unterkünften für Flüchtlinge in Berlin weiterhin hoch ist. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner räumte ein, dass es eine Herausforderung war, diese Standorte festzulegen. Trotzdem sei es gelungen, ein

Gesamtpaket zu schnüren, um die Flüchtlingssituation in der Stadt zu verbessern. Die Containerdörfer sollen auf verschiedenen Brachflächen errichtet werden, um Flüchtlingen eine adäquate Unterbringung zu bieten.

Die Diskussion um die geplante Errichtung eines Containerdorfs auf dem Unigelände in Steglitz-Zehlendorf hat in den sozialen Medien Kontroversen ausgelöst. Kritiker werfen der FU Berlin vor, nicht im Einklang mit ihrer weltoffenen Haltung zu handeln, da sie sich gegen die vorübergehende Nutzung des Parkplatzes für Flüchtlinge ausspricht. Die Debatte zeigt, dass selbst in Institutionen, die sich als progressiv und offen präsentieren, Konflikte und Widerstände gegen bestimmte Entscheidungen auftreten können.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**